

Kommunalwahl am 7. Juni: Trier muss grüne Stadt werden!

Greenpeace äußert Forderungen an den künftigen Stadtrat – Trier soll nicht nur Stadt am Fluss sein, sondern grüne Stadt werden

Vom künftigen Rat der Stadt Trier, der am 7. Juni 2009 gewählt wird, fordert Greenpeace, dass mehr Geld für Energieeffizienz und erneuerbare Energien bereitgestellt wird.

Es ist nötig und möglich, dass die Stromversorgung der Stadtwerke bis 2020 komplett auf erneuerbare Energien umgestellt wird und keinen Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken mehr beinhaltet. Die Stadtwerke sollten am Besten die Ökostrom-Kriterien von Greenpeace energy übernehmen. Der derzeit als „Römerstrom“ gepriesene Tarif der SWT ist Verbrauchertäuschung, weil durch ihn kein Zugewinn an erneuerbaren Energien, sondern lediglich eine Umverteilung erreicht wird.

Die Stadtwerke müssen wieder zu 100 % Eigentum der Stadt werden, RWE und die Eon-Tochter Steag müssen ihren Anteil an den Stadtwerken verlieren. Außerdem soll das Rathaus mit Steckleisten ausgestattet werden, mit deren Hilfe unnötige Standby-Schaltungen vermieden werden können. Zudem fordert Greenpeace, das Rathaus komplett mit Energiesparlampen zu beleuchten.

Zur Entlastung der Straßen ist es nötig, dass der ÖPNV deutlich billiger wird. Würde z.B. das Parken in Parkhäusern soviel kosten wie ein übliches Busticket und wäre dies auch im Parkhaus ausgewiesen, wäre der Bus sicher für viele Menschen eine sinnvolle Alternative. Dann könnten stark befahrene Straßen wie die Ostallee, die Saarstraße und die Zurmaiener Straße auf eine Spur reduziert werden; die jeweils andere Spur ist als Rad- und Fußgängerweg zu nutzen.

In öffentlichen Kantinen, z. B. in Schulen, muss zumindest eine Bio-Alternative angeboten werden. Es darf nicht sein, dass

Einrichtungen, die täglich Massen am Menschen mit Essen versorgen, nur Produkte verkaufen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie mit Gen-Pflanzen im Tierfutter hergestellt wurden und möglicherweise sehr stark mit Pestiziden belastet sind. Diese Gefahren bestehen immer dann, wenn ein Produkt nicht explizit als Bio oder zumindest „ohne Gentechnik“ gekennzeichnet ist. Aus Gründen der Verantwortung gegenüber der Gesundheit der Kunden muss es die Möglichkeit geben, zu essen, ohne eine unerforschte Risikotechnologie zu fördern.

Ein guter Ansatz wäre auch eine Initiative seitens der Stadt, um die Schulen und andere öffentliche Einrichtungen zum Einsatz von 100 % Recyclingpapier zu bewegen. Recyclingpapier schont nicht nur den Wald, sondern auch das öffentliche Portemonnaie, zumal es nur die Hälfte an Wasser und Strom in der Herstellung verbraucht. Dass die Stadtverwaltung bereits Recyclingpapier einsetzt, ist ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Ebenfalls aus Gründen des Waldschutzes und der Artenvielfalt muss die Einrichtung des Handwerkerparkes im Mattheiser Wald verhindert werden. Der Handwerkerpark ist weder ökologisch vertretbar noch wirtschaftlich sinnvoll.

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.